

AUSGABE VOM 25. SEPTEMBER 2015

Weitere 216 Millionen Euro Soforthilfe des Bundes für NRW

Auf dem Flüchtlingsgipfel von Bund und Ländern am vergangenen Donnerstag wurde ein weiteres Maßnahmenpaket mit schnellen Finanzhilfen und langfristigen Konzepten zum Asylrecht beschlossen. Noch für dieses Jahr stellt der Bund eine weitere Milliarden Euro zur Versorgung der Flüchtlinge bereit - für NRW sind das 216 Millionen Euro. Köln stehen davon 11,8 Millionen Euro zu. Das hilft uns, die Herausforderungen der steigenden Flüchtlingszahlen zu meistern.

Bisher wird Köln von der Landesregierung mit einer viel zu niedrigen Flüchtlingskostenpauschale im Stich gelassen. Umso wichtiger ist es, dass die Bundeshilfe jetzt auch da ankommt, wo sie dringend gebraucht wird, nämlich hier vor Ort.

Flüchtlingsgipfel schafft Lösungswege

Kanzlerin Merkel traf sich im Kanzleramt mit den Ministerpräsidenten der Länder sowie dem neuen Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Frank-Jürgen Weise. Die Bundesregierung und die Länderchefs haben sich dabei auf wichtige Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise geeinigt, die zum 1. November in Kraft treten sollen. Grundlage war dabei der Gesetzentwurf zur Änderung des Asylverfahrens, den Innenminister Thomas de Maizière Anfang der Woche vorgestellt hatte.



Innenminister Thomas de Maizière Bild: BPA/Denzel

Ziel aller Maßnahmen ist es, die Zahl der unbegründeten Asylanträge deutlich zu reduzieren und Asylverfahren innerhalb von drei Monaten abzuschließen, abgelehnte Asylbewerber konsequent und zeitnah in ihre Heimatländer zurückzuführen und die Kriegsflüchtlinge mit berechtigten Hilfsansprüchen möglichst schnell aufzunehmen und zu integrieren.

Dafür sollen weitere Staaten des Balkans zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden. Asylbewerber aus diesen Ländern bleiben für das gesamte Verfahren in Erstaufnahmeeinrichtungen. Sie werden vorrangig nicht finanziell sondern mit Sachmitteln unterstützt. Geldleistungen werden maximal für einen Monat im Voraus gezahlt. Sobald ihre Ausreisepflicht

festgestellt ist, müssen sie Deutschland unverzüglich verlassen. Wer nicht freiwillig ausreist, wird abgeschoben. Unterstützungsleistungen werden bis dahin auf das unabdingbar Notwendige reduziert.

Flüchtlinge und Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive sollen möglichst schnell mit Sprachkursen und Eingliederungshilfen für den Arbeitsmarkt fit gemacht werden. Der Bund unterstützt die Länder und damit die Kommunen zusätzlich zu den bisherigen Leistungen zukünftig mit Pro-Kopf-Pauschalen während der Dauer des Asylverfahrens. Für ausreisepflichtige Personen erhalten die Länder nur eine Monatsrate. Damit sind auch die Länder angehalten, Abschiebungen durchzuführen, die sich bisher sehr zögerlich verhalten haben. [Hier das gesamte Maßnahmenpaket zum Nachlesen.](#)

Thomas de Maizière: Europa muss sich mehr engagieren

Die CDU/CDU-Bundestagsfraktion sieht in den Vorschlägen von Bundesinnenminister Thomas de Maizière für ein europäisches Asylsystem mit festen Kontingenten für die Aufnahme von Flüchtlingen einen richtigen Ansatz, zumal eine europäische Wertegemeinschaft gemeinsame Instrumente braucht. Der Vorschlag zielt auf ein humanitäres Asylrecht, das die Leistungsfähigkeit der europäischen Staaten berücksichtigt. Längerfristig kann Flüchtlingshilfe nicht von wenigen EU-Staaten getragen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

„Quatsch!“, so dementierte Ministerpräsidentin Kraft noch vor wenigen Monaten Spekulationen über eine Kabinettsumbildung. Noch im Sommer behauptete sie: „Mit diesem Thema habe ich mich überhaupt nicht befasst.“ Nun wird der „Quatsch“ Realität. Der Personalwechsel zeigt mit großer Klarheit. Kraft ist in zentralen Politikfeldern gescheitert.

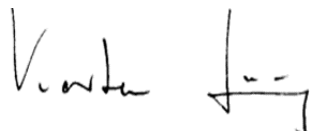


Dazu passt, dass Multifunktionär Jochen Ott, Kölner SPD-Vorsitzender, Ratsmitglied bis zur Neuauszählung, Landtagsabgeordneter und OB-Kandidat neuerdings viel heiße Luft produziert. Er will als „Chefsache“ jährlich 6000 Wohnungen bauen (lassen). Das hat Köln unter SPD-Herrschaft seit Jahrzehnten nicht geschafft. Auch die Flüchtlingsunterbringung will er zur „Chefsache“ machen und versucht, Henriette Reker anzuschwärzen, weil Köln mal nicht soeben einige Hundert zusätzliche Flüchtlinge unterbringen kann. In München - so sein leuchtendes Beispiel - klappe das.

Er vergisst nur, dass Bayern seinen Kommunen die gesamten Unterbringungskosten erstattet, während die rot-grüne NRW-Landesregierung Köln und die anderen Kommunen bisher im Regen stehen lässt. Er sollte lieber dafür sorgen dass seine Parteifreundin Kraft anders als bisher die Köln zustehenden 11,8 Millionen zusätzlichen Bundeshilfen nun auch tatsächlich weitergibt.

Er vergisst nur, dass Bayern seinen Kommunen die gesamten Unterbringungskosten erstattet, während die rot-grüne NRW-Landesregierung Köln und die anderen Kommunen bisher im Regen stehen lässt. Er sollte lieber dafür sorgen dass seine Parteifreundin Kraft anders als bisher die Köln zustehenden 11,8 Millionen zusätzlichen Bundeshilfen nun auch tatsächlich weitergibt.

Mit besten Grüßen

Ihr


Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Manipulierte Abgaswerte bei VW schnell aufklären

Die in den USA jetzt aufgedeckten Manipulationen der Abgasmessungen bei Fahrzeugen des Volkswagenkonzerns beschäftigen auch die Ausschüsse für Umwelt und Verkehr des Bundestages. Für MdB Karsten Möring stellen sie einen schwerwiegenden Vertrauensbruch für die Kunden aber auch für die Politik dar. Es sei wichtig, jetzt gründlich zu untersuchen, was es mit den Vorwürfen genau auf sich hat. Deshalb ist es gut, dass Verkehrsminister Dobrindt sofort eine Untersuchungskommission des Kraftfahrtbundesamts nach Wolfsburg entsandt hat. Für den Automobilstandort Deutschland steht viel auf dem Spiel.

Deshalb forderte MdB Möring [in der Presse](#) auch den Rücktritt von VW-Chef Winterkorn. „Ich erwarte zudem vom Volkswagenkonzern, aber auch von anderen Automobilherstellern, überprüfbare Maßnahmen, dass derartige Aktivitäten ausgeschlossen werden und die Verantwortung gegenüber der Umwelt und der Gesundheit der Bürger auch tatsächlich wahrgenommen wird. Nur so kann Vertrauen wieder hergestellt werden. Der Ruf von „Made in Germany“ darf nicht weiter beschädigt werden“, so MdB Möring.

Pflegereform verbessert Versorgung für Demenzkranke

Zum 1. Januar diesen Jahres sind die Leistungen für Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte bereits verbessert worden. Auch ein Vorsorgefonds für die Zeit, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in das typische Pflegealter kommen, wurde aufgelegt. Nun packt die Koalition im Pflegestärkungsgesetz II weitere Reformen an. Die wichtigste Regelung ist, dass zukünftig außer den körperlichen auch geistige und psychische Einschränkungen vom Pflegegesetz erfasst werden und einen Anspruch auf Pflegeleistung auslösen werden. Auf diese Weise wird der seit langem geforderte neue Pflegebedürftigkeitsbegriff umgesetzt.

Außerdem wird die sogenannte „Minutenpflege“ abgeschafft. Denn künftig wird nicht mehr der standardisierte Zeitaufwand einer Handlung, sondern die Beeinträchtigung der Selbstständigkeit zum Maßstab genommen. Die Information und Beratung im Bereich der Pflegeversicherung wird deutlich verbessert, weil nach wie vor vielen Menschen nicht klar ist, welchen Anspruch sie oder ihre Angehörigen im Fall einer Pflegebedürftigkeit haben. Auch die Rechte pflegender Angehöriger werden durch eine Verbesserung der rentenversicherungsrechtlichen Absicherung gestärkt.

Wer heute bereits eine Pflegestufe hat, wird automatisch in das neue System mit den sogenannten Pflegegraden übergeleitet ohne einen Neuantrag stellen zu müssen. Gleichzeitig wird gewährleistet, dass niemand schlechter gestellt wird. Im Gegenteil: Viele werden durch die Überleitung sofort besser gestellt.

Fanclub-Premiere: Große FC-Koalition im Bundestag

Vor dem Anpfiff im Berliner Olympiastadion hatten Präsident Werner Spinner und Vize Markus Ritterbach aus dem Präsidium des Fußball-Bundesligisten 1. FC Köln diese Woche noch einen „Pflichttermin“ im Reichstag. Denn dort gründete sich erstmals ein parlamentarischer FC-Fanclub. Zu den Gründungsmitgliedern der "Koalition Rut-Wiess" gehören 20 Abgeordnete verschiedener politischer Couleure aus dem ganzen Land.



3 von 20 Fanclubgründern: MdB Dr. Georg Kippels (Bedburg), MdB Karsten Möring (Köln), MdB Reinhold Sendker (Warendorf) (v.l.n.r.) Foto: privat.

Ausschussfachgespräch: Wohnungsbau beschleunigen

Angesichts der massiven Wohnknappheit in vielen deutschen Städten und der steigenden Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum haben Experten im Umweltausschuss des Bundestages Maßnahmen zur beschleunigten Umsetzung von Bauvorhaben und ein größeres Engagement des Bundes, insbesondere beim sozialen Wohnungsbau, gefordert. Nicht nur für Studenten und einkommensschwache Haushalte sei der Mangel an preiswerten Wohnungen ein großes Problem, betonten die vier Sachverständigen in der öffentlichen Ausschusssitzung.

Beim Bund-Länder-Gipfel zur Asyl- und Flüchtlingspolitik am 24. September sagte der Bund den Ländern von 2016 bis 2019 jeweils 500 Millionen Euro zusätzliche Mittel zu, insgesamt über eine Milliarde jährlich. Im Gegenzug stimmten die Länder zu, diese Kompensationsmittel des Bundes zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau zu verwenden.

Impressum:

Ausgabe Nr. 15/2015
25. September 2015

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email: karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter